



MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT  
HALLE-WITTENBERG

HALLISCHE BEITRÄGE ZUR ZEITGESCHICHTE

2006/1

## **Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte**

2006/1 (Heft 16)

mit Beiträgen von

Jeremy Krikler, Michael Lemke, Michael Ploenus, Thomas  
Pruschwitz, Inga Grebe und Jana Wüstenhagen

## **Inhalt**

Zehn Jahre „Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte“ .....5

## **Aufsätze**

### **Jeremy Krikler**

*Constraints upon popular racial killing: a South African case* .....7

### **Michael Lemke**

*Der Ost-West-Konflikt und die Sowjetisierung der SBZ/DDR.*

*Ergebnisse, Probleme und neue Fragen* .....33

### **Michael Ploenus**

*Wie der Marxismus-Leninismus aus den Universitäten der DDR*

*verschwand. Das Beispiel Jena* .....66

## **Berichte, Interviews, Informationen**

### **Thomas Pruschwitz**

*Im Gespräch: Heinz Schwarz* .....90

### **Inga Grebe / Jana Wüstenhagen**

*Historische Quellensuche in Lateinamerika. Noch immer ein*

*Abenteuer? Zwei Erfahrungsberichte aus Chile und Argentinien* .....100

*Resümees / Abstracts* .....115



## Zehn Jahre „Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte“

Vor zehn Jahren, im Frühjahr 1996, erschienen die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ zum ersten Mal. Die Herausgeber haben das Jubiläumsjahr 2006 zum Anlass genommen, um einige Veränderungen zu realisieren, die bereits mit dem Begründer der Reihe – dem leider viel zu früh verstorbenen Zeithistoriker Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper – diskutiert worden waren. Der neu gestaltete Einband in den Farben der Universität soll die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ noch stärker in die Wahrnehmung der wissenschaftlichen Institutionen und Bibliotheken rücken. Diesem Ziel dient auch die Präsenz im Internet. Interessierte Leser können sich künftig unter [www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz](http://www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz) in deutscher und englischer Sprache über die Geschichte und Schwerpunkte der Reihe sowie über Kontaktmöglichkeiten informieren. Außerdem sind dort die Inhaltsverzeichnisse aller bislang erschienenen Hefte abrufbar. Beginnend mit dem vorliegenden Heft werden in allen zukünftigen Ausgaben auch kurze Zusammenfassungen zu den einzelnen Beiträgen online veröffentlicht. Bei allen Neuerungen hält die Reihe an ihrem bekannten Konzept fest. Sie will in den einzelnen Ausgaben auch weiterhin die Breite und Vielfalt der zeitgeschichtlichen Forschung widerspiegeln. Wie bisher werden vorrangig Beiträge vorgestellt, die auf der Grundlage noch nicht veröffentlichter Quellen basieren. Zusätzlich sollen aber verstärkt die Ergebnisse von Wissenschaftlern außerhalb Deutschlands berücksichtigt werden, die sich der Untersuchung zeitgeschichtlicher Themen seit 1917 widmen.

Das vorliegende Heft ist – und darin folgt es der Tradition der Vorjahre – eine Plattform für gestandene Historiker sowie junge Nachwuchswissenschaftler. *Jeremy Krikler* stellt in seinem Beitrag das Thema Gewalt in den Mittelpunkt. Er fragt nach den Faktoren, die Gewalt begrenzen. Am Beispiel eines Streiks weißer Minenarbeiter in Südafrika 1922, der sich zu Kämpfen mit der schwarzen Bevölkerung ausweitete, argumentiert er, dass es vor allem die persönlichen Alltagsbeziehungen zwischen Schwarzen und Weißen waren, die eine Dämonisierung der schwarzen Mitbürger verhinderten. Daraus erwuchs, so Krikler, eine gegenseitige Vertrautheit, die wesentlich dazu beitrug, dass die Gewaltbereitschaft der weißen Angreifer nicht weiter eskalierte. Krikler fordert ausdrücklich zu weiteren vergleichenden Arbeiten zum Thema auf. Auch *Michael Lemke* macht in seinem Beitrag auf die Bedeutung vergleichender Forschung aufmerksam – allerdings in einem anderen Zusammenhang. Er beschäftigt sich am Beispiel der SBZ/DDR mit Fragen der Sowjetisierung nach 1945. Im Zentrum stehen Ziele, Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen der Sowjetisie-

rung sowie die Interessen, Handlungsspielräume und Interaktionen der sie tragenden und der von ihr betroffenen Kräfte. Die Forschung sollte, so Lemkes Argumentation, stärker vergleichende Analysen vorlegen und damit zur Internationalisierung und Verortung des Phänomens Sowjetisierung im Kalten Krieg beitragen. *Michael Ploenus* spricht in seinem Beitrag einen Aspekt an, der als Teil des Sowjetisierungsprozesses in der DDR zu werten ist, die Durchdringung der Hochschullebens mit dem Marxismus-Leninismus. Dafür zeichneten eigens errichtete Abteilungen, Institute bzw. Sektionen verantwortlich. Sein Beitrag geht am Beispiel der Universität Jena dem Verschwinden dieser universitären Lehr- und Propagandaabteilungen im Zuge der „Wende“ nach. Für Halle müsste erst noch untersucht werden, ob Ploenus Recht hat, wenn er Jena als paradigmatisch für vergleichbare Einrichtungen in der DDR bezeichnet. Mit dem Zeitzeugeninterview von *Thomas Pruschwitz* wird eine Rubrik wiederbelebt, die eine zeitlang regelmäßig in unserer Reihe vertreten war. Anlass war die Veröffentlichung der Memoiren von Heinz Schwarz. Der SED-Funktionär und langjährige Generaldirektor des Chemiekombinats Bitterfeld gibt detaillierte Einblicke in die Wechselwirkungen zwischen Staatssicherheit, Staats- und SED-Funktionären in einem der führenden chemischen Großbetriebe der DDR. Seine Betrachtungen bieten Gesprächsstoff für weitere Forschungen über die Träger des SED-Staates unterhalb der obersten Führungsebene. *Inga Grebe* und *Jana Wüstenhagen* lenken die Aufmerksamkeit auf den – im deutschsprachigen Raum – noch relativ wenig bekannten Forschungsraum Lateinamerika. Im Mittelpunkt stehen archivalische Quellen für die Zeit nach 1945 in Chile und Argentinien. Ihr Fazit ermuntert zu weiteren Untersuchungen: Trotz aller noch bestehenden Hindernisse haben sich die Bedingungen für Forschungen in und über Lateinamerika in den letzten zehn Jahren zum Teil erheblich verbessert. Die Herausgeber wünschen wie immer eine anregende Lektüre.

Halle (Saale) im Mai 2006

Jana Wüstenhagen und Daniel Bohse



# Berichte, Interviews, Informationen

## Im Gespräch: Heinz Schwarz

von *Thomas Pruschwitz*

Alltag in der DDR – wie sah es aus, das tägliche Leben in der Diktatur? Seit dem Zusammenbruch der DDR ist zu dieser Frage eine kaum überschaubare Zahl von Publikationen erschienen. Historiker melden sich ebenso zu Wort, wie Schriftsteller, frühere SED-Funktionäre, DDR-Diplomaten oder Ostdeutsche, die einfach nur „dabei gewesen sind.“<sup>1</sup> Noch immer selten sind jedoch Selbstzeugnisse von hochgestellten SED-Funktionären aus dem Wirtschaftsleben der DDR. Dieser Bereich ist jedoch um so bedeutender, da die ökonomische Schwäche der DDR wesentlich zur Unzufriedenheit ihrer Bürger mit dem politischen Regime und damit zu ihrem Ende beigetragen hat. Heinz Schwarz, geboren 1921 in Zeitz, hat sich als einer der wenigen Generaldirektoren eines ostdeutschen Betriebes zu Wort gemeldet und seine Lebenserinnerungen in einem Buch verarbeitet.<sup>2</sup> Als junger Mann an der Ostfront eingesetzt, geriet er 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Von dort kehrte der aus einem sozialdemokratischen Elternhaus stammende Schwarz 1949 als Kommunist in die gerade gegründete DDR zurück. Nach verschiedenen Stationen als SED-Funktionär war er ab 1963 in der Bezirksleitung der SED in Halle Wirtschaftssekretär unter Horst Sindermann, dem späteren Volkskammerpräsidenten der DDR.

Von 1963 bis 1971 war er Kandidat des Zentralkomitees (ZK) der SED. Aus dieser Zeit rührten intensive Kontakte mit Walter Ulbricht. Nach dessen Sturz wurde er in der ZK-Kandidatur abgewählt, verlor seine Funktion in der Bezirksleitung Halle, erhielt aber den Posten des Generaldirektors

---

<sup>1</sup> Um nur einige zu nennen: Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Bonn 1998; Jana Hensel: Zonenkinder, 6. Aufl., Hamburg 2002; Corvalán, Luis: Gespräche mit Margot Honecker über das andere Deutschland, Berlin 2001; Horst Grunert: Für Honecker auf glattem Parkett, Berlin 1995; Jürgen Kleindienst: Von hier nach drüben. Grenzgänge, Fluchten und Reisen. Deutschland 1945-1961, Berlin 2001; Thomas Ammer: Zeitzeugen berichten. Wie die DDR die Universität unterdrückte, Bonn 1999.

<sup>2</sup> Heinz Schwarz, Prägungen aus acht Jahrzehnten. Bitterfelder Weg eines Generaldirektors, Schkeuditz 2004.



des Chemiekombinats Bitterfeld (CKB)<sup>3</sup>, den er bis 1984 behielt. Ulbricht blieb er weiterhin loyal verbunden, während er der Wirtschafts- und Sozialpolitik Erich Honeckers und Günter Mittag kritisch gegenüber stand. Bis 1989/90 arbeitete Schwarz dann in einer RGW-Organisation. Nach der Wende wurde er in die Niederlassung Halle der Treuhand-Verwaltung berufen und wirkte so – Ironie der Geschichte – an der Abwicklung dessen mit, was er 1949 als einer der Pioniere der „neuen Zeit“ in der DDR mit auf gebaut hatte.

Das folgende Interview bietet Einblicke in politisch kritische Situationen in der DDR wie den 17. Juni 1953 und den Mauerbau, in den Betriebsalltag, aber auch persönliche Beziehungen unter den „Genossen“. Sie ergänzen das komplexe Bild des für den äußeren Betrachter häufig einförmig erscheinenden Alltags in der DDR.<sup>4</sup> Die sehr persönliche Sicht von Heinz Schwarz ist damit zugleich eine Herausforderung für die DDR-Forschung, sich mit der Gesellschaft des SED-Staates auch aus dieser Perspektive systematisch zu beschäftigen. Denn seine Äußerungen verweisen auf die Diskrepanz von Zeitzeugen und Zeithistorikern, die Konrad Jarausch als „Deutungskonkurrenz“ bezeichnet hat.<sup>5</sup> Zeitgeschichte ist und bleibt demzufolge weiterhin Streitgeschichte.<sup>6</sup>

*Herr Schwarz, Sie haben ab dem ersten Halbjahr 1949 freiwillig an einem Lehrgang auf einer so genannten Antifa-Zentralschule in Ogre bei Riga teilgenommen.<sup>7</sup> Warum haben Sie sich für einen Lebensweg im Sozialismus entschieden?*

Erstens prägten mich meine Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg, die ich als Soldat an der Ostfront erlebte. Wir hatten keine Möglichkeit, uns dem

---

<sup>3</sup> Ein Kombinat war ein Zusammenschluss mehrerer volkseigener Betriebe (VEB), in dem bestimmte Produktionszweige technologisch und ökonomisch zusammengefasst und zentral (von einem Generaldirektor) geleitet wurden.

<sup>4</sup> Das Gespräch mit Heinz Schwarz führte der Verfasser 23. Mai 2005 in Halle/Saale.

<sup>5</sup> „Dabei handelt es sich nicht nur um den stilistischen Unterschied zwischen unterhaltsamer Erzählung oder ermüdender Monographie, sondern um einen tieferen Konflikt zwischen dem moralisierenden Duktus der Erinnerung und dem rationalen Erklärungsanspruch der Forschung.“ Konrad Jarausch: Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a.M. 2002, S. 10.

<sup>6</sup> Nach dem Titel von Martin Sabrow u.a. (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003.

<sup>7</sup> Diese Schulen wurden auf Beschluss der Kommunistischen Partei der Bolschewiki (ab 1950 KPdSU) gegründet und hatten laut Schwarz zum Ziel, soviel Kommunisten auszubilden, „wie das Hitler-Regime umgebracht hatte“.

Krieg zu entziehen. Ich bin in dieser Zeit zu der Einstellung gelangt, alles zu tun, damit es nie wieder einen solchen Krieg gibt. Zweitens wollte ich aber auch in der DDR leben und arbeiten, weil ich dachte, dass ich dort dabei mithelfen könnte, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht und drittens, weil meine Heimat Zeitz in dem Gebiet lag, das zur SBZ/DDR gehörte.

*Sie sind 1953 SED-Kreissekretär in Leuna geworden. Wie haben Sie den 17. Juni 1953 dort erlebt?*

Die Unruhen an diesem Tag habe ich zuerst als SED-Sekretär in Bitterfeld erlebt. In einer gewissen Art und Weise haben wir den Tag gut überstanden. Es gab keine Störung, keine Stilllegung, keine Sabotage, weil es uns gelang, diejenigen, die demonstrieren wollten, aus dem Werk herauszudrängen und mit den Übrigen die Chemieanlagen weiter betrieben. Offenbar schrieb man mir in der Partei den Erfolg zu, denn vom ZK der SED wurde ich am 18. Juni 1953 nach Leuna gerufen, weil dort die ganze Parteiführung aus Angst vor dem Aufstand geflüchtet war. Die Gründe lagen in den Personen in Leuna. Wir haben in Bitterfeld eine andere Haltung angenommen und diese Situation bewältigt. Deshalb wurde ich mit 32 Jahren SED-Sekretär in Leuna und damit 1. Sekretär der größten Parteiorganisation der SED in der Industrie der DDR. Ich habe oft erstaunt Walter Ulbricht und andere führende Genossen gefragt, wieso man auf mich gekommen sei. Die Antwort von Ulbricht empfand ich als sehr weitsichtig, als er sagte, dass in Leuna noch ca. 1.500 Kommunisten und Sozialdemokraten von vor 1933 lebten und arbeiteten. Diese hatten mit dem Einigungsprozess von KPD und SPD immer noch ihre Schwierigkeiten und Ulbricht wollte daher einen jungen Mann an die Spitze der Betriebsorganisation der SED stellen, einen, der nicht vorbelastet war durch die Auseinandersetzung der beiden Parteien vor 1933. Ich bin sehr stolz darauf, mit großer Zustimmung, ohne Gegenstimme, bei den geheimen Wahlen als 1. Kreissekretär der SED 1953 in Leuna gewählt worden zu sein. Dort blieb ich bis 1957.

*Und welche Aufgaben hatten Sie konkret?*

Die Kreisparteiorganisation in einem Industriebetrieb war im Grunde genommen für die gesamte politische Überzeugungsarbeit zuständig, besonders damals für die Vertiefung des Einigungsprozesses. Darüber hinaus gab es tagespolitische Aufgaben, wie Informationen an den Generaldirektor heranzutragen und zu vermitteln, z.B. wenn ein Betriebsteil

schlecht geführt wurde, es technische Probleme gab oder bestimmte Materialversorgungsfragen nicht funktionierten.

Wir hatten nicht die Aufgabe und auch nicht das Recht, in die wirtschaftliche Leitung eines solchen Chemiekombinates hinein zu regieren. Später war das anders. Die Parteisekretäre haben sich eine gewisse autoritäre Macht angeeignet und versucht, in Prozesse einzugreifen, was für die Entwicklung der Industrie zu einem großen Verhängnis wurde. Dies betraf vor allem die Zeit nach 1971.

*Dazu könnten Sie vielleicht später noch ausführlicher berichten. Doch zunächst eine Frage zu einem Punkt in ihrem Leben, den Sie selbst als Höhepunkt in Ihrer Karriere beschrieben haben. Warum und wie wurden Sie 1963 Kandidat des Zentralkomitees der SED, des höchsten Organs zwischen den Parteitag?*

Das lag ganz offenbar an meiner Arbeit in Leuna und dem Namen, den ich mir durch diese Tätigkeit erarbeitet habe. Es lag aber auch an der Berufung als Wirtschaftssekretär der SED-Bezirksleitung in Halle unter Horst Sindermann. Ihm habe ich den Vorschlag, mich als Kandidat des Zentralkomitees zu wählen, zu verdanken. Ich war zwei Legislaturperioden, also zwei mal vier Jahre, Kandidat des ZK, wurde aber nicht Mitglied wegen meiner Konflikte mit Günther Mittag und Erich Honecker. Honecker erklärte mir auf dem VIII. Parteitag der SED 1971, dass er im Zentralkomitee seine eigenen Leute benötigte und nicht die von Walter Ulbricht. Ich war in den Augen Honeckers ein Ulbricht-Mann und gehörte nicht mehr in sein ZK.

*Wie würden Sie denn ihr Verhältnis zu Walter Ulbricht einschätzen?*

Ich hatte einen sehr engen Kontakt. Ich weiß nicht, wie Ulbricht das sah, aber ich hatte ein ausgesprochen gutes Vater-Sohn Verhältnis zu ihm. Er hat mich in allen Fragen beraten und mir nicht nur Recht gegeben, sondern er hat mich aufgefordert, alle Entscheidungsfragen oder Entscheidungszweifel, die mir durch den Kopf gingen, mit ihm zu konsultieren. Des weiteren konnte ich alle Informationen, die ich für notwendig hielt, zu ihm bringen. Historiker, auch die aus der DDR, haben meine Verbindungen zu Ulbricht sowohl vor, als auch nach der Wende, bezweifelt, weil meine Aussage das allgemein geprägte Bild von Ulbricht korrigiert oder es nicht in die gängigen Darstellungen gepasst hat.

Ich habe Ulbricht mehrmals persönlich getroffen. Denn die Leunawerke trugen nach einem Beschluss des Politbüros der SED seinen Namen. Sie hießen dann „Leunawerke Walter Ulbricht“, das heißt er war gewissermaßen Pate des Werks. Folglich hatte er sie oft besucht, vor allem zu

Kreisdelegiertenkonferenzen und zu größeren Parteiaktivtagungen. Während meiner Dienstzeit in Leuna (1953-1957) besuchte Ulbricht acht mal die Werke zu großen politischen Ereignissen. Er ist dort aufgetreten, hat gesprochen und mit mir seine Betriebsbesuche gemacht. Außerdem kann ich sagen, dass Ulbricht mich, trotz meiner Jugend, doch sehr hoch geschätzt hat. Alle drei Monate musste ich zu ihm nach Berlin, um ihn persönlich über die Lage der materiellen Versorgung, der Lage im Kombinat usw. zu informieren. Ich durfte nie Papier mitbringen, das heißt keinen vorbereiteten Bericht. Er verlangte von mir, dass ich frei redete und die Probleme benannte. Er erlaubte mir höchstens einen Merktzettel mit Stichworten mitzubringen. Diese Art und Weise hat mich sehr beeindruckt und insofern hatte ich in ihn ein unbedingtes Vertrauen. Ich war auch mehrere Male bei ihm in Berlin, im persönlichen Kreis, eingeladen. Wenn er nach Leuna kam, habe ich die Abende so gestaltet, dass man abends am Kamin im Gästezimmer gegessen hat. Dort haben wir uns oftmals lange unterhalten. Er legte Wert darauf, dass sich alles in einem kleinen vertraulichen Kreis, den er aussuchte, abspielte. Das war eine ausgesprochen intime und familiäre Szenerie, bei der ich auch sehr private Einblicke in die Persönlichkeit Ulbrichts erhielt.

*Ging es in diesen inoffiziellen Gesprächen eher um private oder um politische Dinge?*

Natürlich ging es dort auch um politische Dinge, aber Ulbricht erzählte ebenso gern von der Zeit seiner Emigration und seinen Erfahrungen in der Komintern. Er hat relativ wenig über die Situation in der Sowjetunion und zur sowjetischen Führung erzählt. In der Beziehung, ich habe auch nichts Besseres gewusst, könnte ich ihm hinterher den Vorwurf machen, dass er nicht schon Andeutungen gemacht hat über die autoritäre Rolle Stalins, über die Gängelung der Komintern durch ihn, über das Diskussionsverbot bestimmter Fragen und über seine Forderungen, bestimmte Führer der kommunistischen Parteien gegeneinander auszuspielen. Über diesen Hintergrund hat Walter Ulbricht sehr wenig gesprochen. Ich mache mir heute über die Motive oft Gedanken. Ich glaube, er wollte die junge SED und die Entwicklung der DDR nicht damit belasten. Er hat es als die schwache, die Unrechtsseite der Komintern und in der internationalen kommunistischen Bewegung begriffen. Er hat es sicherlich richtig eingeschätzt, wenn er es negativ bewertete und nicht verbreiten oder wieder aufleben lassen wollte. Mir wird oft vorgeworfen, dass Walter Ulbricht bei mir „zu gut“ weg komme. Ich aber habe ihn so gesehen, und mir kommt es nicht in den Kopf, Ulbricht umzudeuten, in eine heute vielleicht gewünschte politische Sicht. Die Urteile von heute, wie Ulbricht historisch eingeordnet wird, sind für

meine Begriffe weitgehend falsch. Ich gehe noch weiter in meiner positiven Kritik. Meiner Meinung nach haben wir es allein Walter Ulbricht zu verdanken, dass in der SED in den fünfziger Jahren und sechziger Jahren nicht solche Pogromprozesse gegen alte Kommunisten durchgeführt wurden, wie in Ungarn, Bulgarien, Polen und auch in der Slowakei. So etwas hätte die SED unter Ulbricht nie mitgemacht. Ulbrichts Meinung war, dass wir den Sozialismus aufzubauen, und nicht über unsere Vergangenheit zu richten haben. Das sei schon geschehen. Viele lebten ja nicht mehr und diejenigen, die noch lebten, hatten inzwischen andere Einsichten gewonnen und integrierten sich voll in die Linie der SED. Es gab kleinere Auseinandersetzungen, ich denke dabei an Karl Schirdewan [ZK-Sekretär für Kaderfragen, Th.P.], der 1958 aus dem Politbüro [wegen angeblicher Fraktions-tätigkeit, Th.P.] ausgeschlossen wurde. Diese Probleme wurden jedoch nicht in der Art von Schauprozessen, wie sie aus anderen Ländern bekannt waren, gelöst. Hier ist unsere Partei nicht schuldig und hat die Stalinschen Eigenschaften Misstrauen, Prozesse, Verteufelungen und Todesurteile nicht übernommen.

*1971 sind Sie Generaldirektor des Chemiekombinats Bitterfeld geworden. Warum sind gerade Sie für diese Position ausgewählt worden?*

Obwohl ich im Frühjahr 1971 im ZK abgewählt wurde und meine Funktion in der Bezirksleitung Halle als Wirtschaftssekretär verlor, hielt Sieder-mann [der von 1971-1973 stellvertretender Ministerpräsident der DDR gewesen ist, Th.P.] an mir als fähigem Wirtschaftsmann fest und ermöglichte mir somit diesen Posten.

*Welche Aufgaben hatten Sie als Generaldirektor?*

Ich stand für meine Begriffe unter einer großen Selbstverpflichtung. Das bedeutete, ich wollte die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kombinates gewährleisten, den zentral vorgegebenen Plan erfüllen und die Nettogewinne an den Staat abzuführen. Zugleich wollte ich auch die sozialen Ansprüche der Beschäftigten im Kombinat sicher stellen. So habe ich meine Berufung gesehen und ich muss sagen, dass die acht Jahre in Bitterfeld, mein persönlicher Einsatz, die Zeit, die ich im Kombinat verbracht habe, gemessen an den Anforderungen und der Härte mit meiner Zeit der sowjetischen Kriegsgefangenschaft vergleichbar sind. Ich habe wirklich zwölf bis vierzehn Stunden nachweislich jeden Tag im Kombinat gearbeitet. Zusätzlich bin ich dann abends freiwillig auf Parteiversammlungen, zu den Sportlern, zu den Künstlern und zu den verschiedenen Zirkeln schreibender Arbeiter und Maler gegangen. Oftmals habe ich die Bürgermeister der Orte

eingeladen, in denen weitgehend die Arbeiter „meines“ Betriebes wohnten und habe mit ihnen bis spät in die Nacht verschiedene Probleme besprochen. Ich habe viel versucht, das Kombinat zu dem zu machen, was es meiner Ansicht nach sein sollte: eine große sozialistische Kommune, die sozial wirksam für den ganzen Einzugsbereich seiner Beschäftigten sein sollte. Ich habe mich nicht auf die Mauern und Zäune des Kombinats beschränkt oder auf die Leitung der chemischen Produktion im Inneren des Kombinats, sondern habe auf seine soziale Ausstrahlung auf die ganze Umgebung geachtet. Das ist mir auch weitgehend gelungen und ich habe dort viel Anerkennung zu meiner damaligen Zeit bekommen. Es gab aber auch einige, die den Umkehrschluss versuchten und mir vorwarfen, dass ich mich zu sehr um soziale und kulturelle Belange kümmere und mich nicht restlos für das Kombinat einsetzen würde. Auch so kann man das deuten, wenn man sich von persönlichen Motiven leiten lässt.

*Folgt man der Forschung, dann wurden in der DDR die zentralen, staatlichen Planvorgaben von den Betrieben ständig umgangen, weil sie viel zu hoch waren. Die Planziffern seien ohne Rücksicht auf die Realität festgelegt worden. Trifft das auch auf „Ihr“ Bitterfelder Kombinat zu?*

Also, gerade in der Ausarbeitung der Pläne hatten die Kombinate ein stark ausgeprägtes Mitspracherecht. Wenn es Demokratie in der DDR gegeben hat, dann bei der Ausarbeitung und Bestätigung der volkswirtschaftlichen und der betrieblichen Pläne. Das habe ich wirklich für den größten, umfanglichsten, demokratischen Prozess oder Bestandteil der gesamten Gesellschaftsordnung der DDR empfunden.

Kritisch beurteile ich die Tatsache, dass das Leistungsprinzip nicht richtig umgesetzt wurde. Wir haben zwar Prämien für die Erfüllung der Pläne ausgeschüttet. Aber wir hätten den Menschen in unseren Kombinate das Gefühl geben müssen, dass das Volkseigentum der Arbeiterklasse gehört und die Arbeitsleistung zurückgegeben wird. Dadurch, dass das Leistungsprinzip nur plakativ war, entstand keine innere Beziehung der Menschen zum Volkseigentum, vor allem nicht in der Industrie. Es blieb immer die Vorstellung des Lohnarbeiters wie im Kapitalismus. Es konnten lediglich Leistungsanteile in Anspruch genommen werden, aber das Gefühl beteiligt zu sein, wurde nicht geschaffen. Das war auch der große ideologische und psychologische Fehler, weshalb es eine ungenügend enge Verbindung der Bevölkerung zu einem sozialistischen Staat gab, wie sich das dann 1989 gezeigt hat. Ein verhängnisvoller Fehler.

*Sie sprechen in Ihrer Autobiographie häufig von Honeckers wirtschaftlichem Unverständnis. Wie wirkte sich seine Wirtschaftspolitik auf das Chemiekombinat Bitterfeld und vor allem auf die Arbeiter aus?*

Für wirtschaftliche Sachen hatte er wirklich kein Verständnis. Dadurch kam auch der große Einfluss von Günther Mittag zustande. Honecker begab sich in völlige Abhängigkeit von ihm, so dass Mittag im Grunde genommen der Wirtschaftsführer der DDR war. Dieser hatte auch Schwächen, vor allem sein Subjektivismus, aber er war ein fähiger Ökonom, der auch mit naturwissenschaftlichen Grundkenntnissen ausgestattet war. Es fehlte ihm jedoch die Objektivität zur Beurteilung einer gesamten Volkswirtschaft. Die Wirtschaftspolitik Honeckers unter der Losung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wirkte sich zunächst einmal positiv aus, da die Arbeiter glaubten, dass das Ergebnis der industriellen Entwicklung, der Produktionsentwicklung, und des gesellschaftlichen Reichtums des Staates, für die Arbeiterklasse sozial wirksam wird. Das Verhängnisvolle war aber, dass Honecker mit Unterstützung von Mittag Politik im Auge hatte, die anspruchsvolle soziale Leistungen für die Bevölkerung beinhaltete, die vom ökonomischen Ertrag der Industrie und der Landwirtschaft nicht getragen werden konnten. Dort hätte Mittag eingreifen müssen, denn er hat das gewusst, gespürt und konnte es aufgrund aller Unterlagen, Statistiken und Berechnungen beweisen. Honecker hat in seiner Vorstellung irgendwie eine panische Angst vor der Arbeiterklasse gehabt. Er hat immer gedacht, dass die Arbeiter nicht begreifen würden, wenn man die Wahrheit sagt und wenn man die sozialen Leistungen stagnieren lässt, um die Industrie leistungsfähiger zu machen und dann mehr in der Sozialpolitik ausgeben zu können. Sein Gedanke war, dass es Unmut in der Arbeiterschaft geben könnte. Vielleicht hatte er im Hintergrund die Erinnerung an den 17. Juni 1953 gehabt, ich weiß es nicht genau. Auf jeden Fall finde ich, dass in der Wirtschaftspolitik die Schuld weniger bei Honecker lag, der es nicht besser wusste. Ich finde hier die bewusste Schuld bei Mittag, der das Problem gesehen, aber nicht davor gewarnt und keinen Einfluss auf Honecker und das Politbüro der SED genommen hat. Wir hätten unsere wirtschaftliche Leistung vor der Bevölkerung offen darlegen müssen und nicht mit einer übersteigerten Propaganda Erwartungshorizonte öffnen, die nicht bestanden. Man hätte der Arbeiterklasse trauen, die Wahrheit aussagen und richtig analysieren müssen. Dann wäre die Bevölkerung der DDR, davon bin ich überzeugt, mitgegangen. Sie hätte eine gemäßigtere soziale Entwicklung in Kauf genommen, um dafür die Industrie zu stärken, die Investitionen zu erhöhen, die Betriebe zu modernisieren, aber auch notwendige neue Fabriken zu bauen und damit den Ertrag für den Staatshaushalt zu erhöhen.

*In der Geschichtsschreibung über die DDR wird stets die Omnipräsenz der Staatssicherheit hervorgehoben. Wie sah das im Alltag im Chemiekombinat Bitterfeld aus?*

Ich trenne da mein Urteil grundsätzlich. Ich fand die Einrichtung der Staatssicherheitsdienststellen, in den Kombinat und Betrieben positiv. Wir hatten im Kombinat eine eigene Kreisdienststelle der Staatssicherheit mit acht oder neun Mitarbeitern. Diese Einrichtung habe ich begrüßt, weil sie sich, auch über ihre Informanten, um bestimmte Engpässe, Probleme, Gefährdungen und Gefahren im Produktionsablauf gekümmert haben. Diese Informationen gingen an mich und die übergeordneten Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit. Wenn ich im besonderen daran denke, dass es auf dem Gebiet der Mess- und Regeltechnik viele Probleme gab, Ersatzteile oder bestimmte moderne Messgeräte zu besorgen, hat die Kritik oder der Hinweis der Staatssicherheit an die Zentrale in Berlin oftmals dazu geführt, dass der Betrieb bestimmte Importe vom zuständigen Ministerium zuerkannt bekam. So wurde die Betriebssicherheit erhöht und die chemische Produktion wurde sicherer.

Im Unterschied dazu habe ich die Art und Weise der flächendeckenden Überwachung der Staatssicherheit in den zivilen Bereichen der Bevölkerung strikt abgelehnt. Das habe ich auch damals schon in persönlichen Gesprächen mit Bekannten, Genossen und Freunden der Staatssicherheit geäußert. Ich halte es nach wie vor für überzogen, wie die Staatssicherheit hier vorging. Erst recht nach der Anerkennung der DDR und ihrer Aufnahme in die UNO 1973 habe ich die Möglichkeit gesehen, eine tolerante, freizügige und geistig entspannte Atmosphäre in der DDR zu schaffen und den Staatssicherheitsdienst von der eigenen Bevölkerung stärker auf das Ausland und die Auslandsspionageabwehr zu legen. Das war im Kalten Krieg objektiv notwendig.

In der Beurteilung der Stasi teilt sich meine Haltung also generell.

*Haben Sie sich selbst in Ihren Entscheidungen durch die Arbeit der Staatssicherheit beeinflussen lassen?*

Nun, es gab Leute, die von der zivilen Seite der Staatssicherheit unter Beobachtung standen. Besonders in Erinnerung ist mir ein Fall. Einer unserer Chemiker arbeitete in der Farbstoffforschung und fuhr immer in den Urlaub in die ČSSR, um sich dort mit seiner Westverwandtschaft zu treffen. Das wussten wir alle. Es hat uns aber nicht weiter interessiert. Aber seine Frau war zu offen feindselig. Die Westverwandtschaft brachte immer ganze Stapel von Westillustrierten mit, die sich die Familie dann plakativ bei der Einreise in die Hutablage legte. Als diese an der Grenze gesehen



wurden, zog man sie natürlich raus, entnahm ihnen die Zeitungen und filzte das ganze Auto. So war das in einem Jahr. Im darauf folgenden Jahr passierte das wieder. Daraufhin hat die Staatssicherheit meinen Fachminister über diesen Vorfall informiert. Dieser wiederum schrieb mir einen Brief, dass ich mich mal um den Chemiker kümmern sollte, da die Sache nun zu weit ginge. Da hatte mein Minister völlig recht. Ich habe ihn dann eingeladen und dieser meinte, dass vor allem seine Frau schuldig wäre. Ich gab ihm zu verstehen, dass ich merkte, dass er zwar im Betrieb, aber nicht in den eigenen vier Wänden etwas zu sagen hatte. Mein Vorschlag war, er sollte seinen Westverwandten Bescheid geben, dass sie sich weiterhin treffen könnten, aber keine Illustrierten mehr mitbringen sollten. Bei diesem Gespräch machte ich ihm deutlich, dass es von mir keinen Schutz mehr geben könne und bei Wiederholung der Sache eine Strafe oder eine Entlassung/Versetzung auf dem Spiel stand. Seine Antwort befriedigte mich nicht und so entschied ich mit ihm zusammen, dass er seinen Posten in der Forschung verlassen und mit gleichem Gehalt in der Produktion weiter arbeiten könne, was dann auch geschah.

*Eine letzte Frage: wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht den Bau der Mauer am 13. August 1961 in Berlin?*

Ich habe die Mauer, ganz ehrlich gesagt, für notwendig gehalten und tue das auch heute noch. Wir hatten einen derartigen Abgang von wissenschaftlich-technischer und medizinischer Intelligenz, dass es eine Existenzfrage für die DDR gewesen ist. Meine Kritik, die nicht unbedingt richtig sein muss, lautet folgendermaßen. Ich war damals dafür, intensivere, diplomatische Verhandlungen mit der Bundesrepublik zu führen, um zu Abkommen zu kommen, damit die Bundesrepublik bestimmte Wissenschaftler nicht annimmt bzw. damit sie in Absprache mit uns Leute aufnimmt und behält, aber dafür an die DDR die Ausbildungsaufwendungen für die Wissenschaftler bezahlt. Da habe ich mehr diplomatische Anstrengung verlangt und ich glaube, dass es unter Willy Brandt und Helmut Schmidt auch gewisse Ergebnisse gegeben hätte,<sup>8</sup> dass man nicht einfach, ohne Absprache, abgeworben und so eine feindliche Szenerie daraus gemacht hätte. Eine Entschädigung hätte die Bundesrepublik in Milliardenhöhe zahlen müssen, weil es ja Hunderttausende waren, die aus der DDR weggegangen sind und uns gefehlt haben. Für mich war die Mauer einfach notwendig, sowohl wirtschaftlich, als auch politisch.

---

<sup>8</sup> Willy Brandt war deutscher Bundeskanzler von 1969-1974, Helmut Schmidt von 1974 bis 1982. Beide gehörten der SPD an.



## **Resümees / Abstracts\***

**Dr. Jeremy Krikler, Senior Lecturer, Department of History,  
University of Essex**

This article explores the factors that restrained a bout of racial violence which erupted during a white miners' strike in South Africa in 1922. Far fewer lives were taken during the violence than might have been the case, given that the perpetrators of the killings were drawn from an armed and militarised community. As the analysis demonstrates, the pogrom was limited by actions undertaken by the police, by various whites linked to potential black victims, by black resisters themselves, and by personnel from the organisations of white labour. Finally, it is argued that the enmeshment of whites and blacks in master-servant relations created such familiarity and connections between the races that the potential for demonising black people was limited. This, it is suggested, was decisive for restricting the scale of the pogrom.

**Prof. Dr. Michael Lemke, Zentrum für Zeithistorische Forschung  
Potsdam / Humboldt-Universität zu Berlin**

Der Beitrag beschäftigt sich am Beispiel der SBZ/DDR mit Fragen der Sowjetisierung nach 1945. Im Zentrum stehen Ziele, Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen der Sowjetisierung wie auch die Interessen, Handlungsspielräume und Interaktionen der sie tragenden und der von ihr betroffenen Kräfte. Die Forschung sollte, so wird hier argumentiert, stärker vergleichende Analysen vorlegen und damit zur Internationalisierung und Verortung des Phänomens Sowjetisierung im Kalten Krieg beitragen. Der Verfasser entwickelt dazu erste Fragen und Vorschläge.

**Dr. Michael Ploenus, Leiter der Geschichtswerkstatt Jena**

Der marxistisch-leninistischen Durchdringung des Hochschullebens kam in der DDR eine besondere Bedeutung zu. 1951 wurde ein für alle Studenten verbindliches Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium eingeführt, später marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium (MLG) genannt, das bis zum Herbst 1989 bestehen blieb. Für seine Realisierung zeichneten eigens installierte Abteilungen, Institute bzw. Sektionen verantwortlich. Der

---

\* In der Reihenfolge der Beiträge.

Beitrag geht dem Verschwinden dieser universitären Lehr- und Propagandaabteilungen im Zuge der „Wende“ am Beispiel der Universität Jena nach. Trotz des speziellen Lokalkolorits sind die wesentlichen Grundzüge paradigmatisch für vergleichbare Einrichtungen der DDR.

**Thomas Pruschwitz, Student, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

Heinz Schwarz, SED-Funktionär und ehemaliger Generaldirektor des Chemiekombinats Bitterfeld, spricht in diesem Interview über seine persönliche Bekanntschaft zu Walter Ulbricht, bewertet die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Ära Honecker ebenso wie die Niederschlagung des 17. Juni 1953 und den Mauerbau im August 1961. Der heute in Halle lebende Schwarz beschreibt aus seiner Perspektive die Wechselwirkungen zwischen Staatssicherheit, Staats- und SED-Funktionären in einem der führenden chemischen Großbetriebe der DDR. Seine Betrachtungen bieten Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen über die Träger des SED-Staates unterhalb der obersten Führungsebene.

**Inga Grebe, Doktorandin / Dr. Jana Wüstenhagen, Hochschulassistentin – beide Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

Die Autorinnen geben einerseits einen allgemeinen Überblick über die Archivsituation in Chile (2001) und Argentinien (2005) und gehen andererseits konkret auf die Bestände einzelner Archive (Nationalarchiv, Außenministerium, Wirtschaftsministerium, etc.) in Santiago de Chile bzw. Buenos Aires ein. Im Mittelpunkt stehen archivalische Quellen für die Zeit nach 1945. Inga Grebe suchte nach Dokumenten zur Außenpolitik der DDR gegenüber Chile seit 1949. Jana Wüstenhagen beschäftigte sich mit der Beschlagnahme deutscher Firmen in Argentinien durch den argentinischen Staat nach dem 2. Weltkrieg. Beide Verfasserinnen ermuntern ausdrücklich zu weiteren Forschungen über und in Lateinamerika, wo es in den letzten 10 Jahren einige Verbesserungen in der Bibliotheks- und Archivverwaltung gegeben hat. Am Ende des Berichts findet sich eine Liste mit den Adressen und Kontaktmöglichkeiten der besprochenen Institutionen.

## **Impressum:**

### **Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte**

Herausgegeben von Jana Wüstenhagen und Daniel Bohse

Die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ erscheinen mindestens einmal jährlich in loser Folge. Sie wurden 1996 von Hermann-J. Rupieper (†) begründet, um eine Plattform für NachwuchswissenschaftlerInnen und herausragende studentische Arbeiten zu schaffen. Aufgenommen werden vorrangig Beiträge in deutscher und englischer Sprache, denen Quellen zugrunde liegen, die zuvor noch nicht publiziert wurden. Vorschläge für Veröffentlichungen nimmt die Redaktion entgegen. Manuskripte können postalisch oder per E-Mail eingesandt werden. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht. Nach Rücksprache mit den Autoren können angenommene Beiträge auch im Internet veröffentlicht werden. Jeder – auch auszugsweise – Nachdruck und die Verbreitung über andere Medien bedürfen der Genehmigung der HerausgeberInnen.

Redaktion: Daniel Bohse (v. i. S. d. P.), Denise Wesenberg,  
Dr. des. Christina Schröder  
[www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz](http://www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz)

Gestaltung: Pepe Kooperation, Annett Sonntag, Halle (Saale)  
[www.pepe-kooperation.de](http://www.pepe-kooperation.de)

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Hoher Weg 4, 06120 Halle (Saale)

Kontakt: Redaktion  
Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Institut für Geschichte  
06099 Halle (Saale)  
Germany  
Tel.: + 49 345 5524294  
Fax: + 49 345 5527042  
E-Mail: [redaktion.halbz@geschichte.uni-halle.de](mailto:redaktion.halbz@geschichte.uni-halle.de)

ISSN: 1433-7886